



2. September 2017

## Ohne Vergangenheit keine Zukunft

Referat von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der SP Bubikon Wolfhausen

Liebe Anwesende

Europa ist in den letzten hundert Jahren sozialdemokratisch geworden. So sieht es die NZZ am Sonntag, wenn sie im Nachgang zum G20-Gipfel in Hamburg schreibt, dass sich das Programm der Konferenz lese wie die Agenda einer Hilfsorganisation: nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, Afrika, Stärkung der Frauen.

Die Welt ist in den letzten 100 Jahren ungleicher geworden. In derselben NZZ am Sonntag zitiert Chef-Ökonom der Weltbank, Kauschik Basu, aus einer Studie der Organisation Oxfam, die besagt, dass die soziale Ungleichheit ein Niveau erreicht habe, wie wir es zuletzt Ende des 19. Jahrhunderts gesehen hätten. Die acht reichsten Männer der Welt besässen so viel wie die ärmsten 3,6 Milliarden Menschen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Leben wir nun in einer guten oder in einer schlechten Welt? Haben wir Fortschritte realisieren können oder ist es schlimmer als je?

Nun, objektiv betrachtet wird die Welt immer friedlicher. Gemäss Steven Pinker, Professor für Psychologie an der Universität Harvard leben wir in der sichersten und friedlichsten Epoche, seit es Menschen gibt.

Verschiedene Studien und historische Zeitdokumente belegen diese Feststellung:

- Die Zahl der Opfer durch Krieg oder Völkermord verringert sich massiv.
- So grausam heutige Kriege sind: In früheren Kriegen starben gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung signifikant mehr Menschen als in den aktuellen Kriegen.
- Die Mordraten sinken kontinuierlich und in den letzten Jahren nochmals signifikant.
- Gewalt in der Ehe, Missbrauch von Kindern, Hassverbrechen oder Vergewaltigungen nehmen deutlich ab.
- Diverse barbarische Praktiken wie Menschenopfer, Sklaverei oder das Verbrennen von sog Ketzern, die über Jahrhunderte als normal angesehen wurden, sind heute weitgehend abgeschafft.



Ok, das mag stimmen. Aber: Was ist denn mit den Zwangsheiraten und den Genitalverstümmelungen, was ist mit der Kinderarbeit und der Kinderprostitution? Was ist mit der sklavenähnlichen Ausbeutung von Angestellten in Rohstoffminen, Haushalten oder in der Landwirtschaft? Und was ist mit der Umwelt? Dem Abschmelzen der Gletscher? Dem Absterben der Korallen? Der anhaltenden Dürre in der Subsahara?

Die Gegenüberstellung zeigt uns eines: Wir haben viele Fortschritte erzielt, auf die wir stolz sein können. Aber wir sind alle gut beraten, am Fortschritt weiterzuarbeiten.

Und genau das tut auch die heutige Jubilarin, die SP Bubikon Wolfhausen. Tut also ihr, liebe Genossinnen und Genossen, mit eurem Einsatz vor Ort. Und dazu möchte ich euch ganz herzlich gratulieren und vor allem auch danken.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Ihr habt mir vor ein paar Wochen eure Festschrift zugeschickt. Was für eine Arbeit! Was für ein Engagement! Ich ziehe den Hut vor allen, die sich hier reingekniet haben. Ich denke, dass ihr euch oft gefragt habt, ob das je jemand lese. Und ob damit wirklich neue Leute angesprochen werden können.

Ich kann das nicht beantworten. Doch ich bin überzeugt, dass es sich immer lohnt, die eigene Geschichte zu kennen. «Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft», meinte einst der grosse Wissenschaftler Wilhelm von Humboldt.

Ohne Vergangenheit keine Zukunft. Für die Sozialdemokratie gilt das ganz besonders. Noch nie alleine an der Macht, haben wir unser Land doch so wesentlich mitgestaltet, dass wir heute oft Opfer des eigenen Erfolges werden.

Ich komme zurück zum Eingangszitat aus der NZZ am Sonntag. Es ist weitgehend unbestritten, dass die zentralen Themen der Zukunft jene sind, die von der SP schon seit vielen Jahrzehnten vorne auf die Agenda gesetzt wurden:

- Gute Bildung für alle,
- Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern,
- Offenheit gegenüber verschiedenen Lebensformen,
- Integration und Zusammenleben mit Menschen aus verschiedenen Lebensräumen und Kulturen,
- soziale Sicherheit,
- eine verlässliche Altersvorsorge,
- Vereinbarkeit von Privatem und Beruf,
- nachhaltiges und partizipatives Wirtschaften.



Ausserdem haben wir uns

- dafür eingesetzt, dass sich die Gymnasien für die Arbeiterkinder öffnen und die Berufslehre an die Hochschulen angeschlossen wird.
- Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich der ÖV als Rückgrat unserer Verkehrspolitik durchsetzen konnte.
- Wir haben uns für eine Kulturpolitik eingesetzt, die die Türen für alle öffnet.

Mit all diesen Erfolgen haben wir heute eine weit sozialdemokratischere Gesellschaft, als wir das aufgrund unserer zahlenmässigen «Macht» erwarten könnten. Viele unserer Forderungen wurden zwar jahrelang als Unthemen ignoriert. Doch früher oder später mussten auch die anderen Parteien realisieren, dass sie nicht darum herumkommen.

Stichworte hier: Gleichstellung – einst bekämpft, heute in aller Munde. Integration – einst als unnötig («Die reisen ja wieder zurück!») ignoriert, heute als zentrale Staatsaufgabe anerkannt. Fairer Handeln – einst als halbbesotische Dritt-Welt-Romantik belächelt, heute das zentrale Handelsprinzip aller multinationalen Organisationen.

Andere Themen stehen exakt an dieser Schwelle – zwischen ideologisch gebrandmarkt, ignoriert, respektive belächelt und zwingend, respektive allgemein gültig. Das offensichtlichste dieser Themen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch die Wohnbaupolitik steht auf dieser Schwelle, genauso wie die Familienpolitik.

Ja, mit unseren Themen stehen wir mitten in der Gesellschaft. Nicht jedoch als Organisation. Nach wie vor ist das Leben als Genossin und Genosse ausserhalb der grossen Städte hart. Wer sich zur Sozialdemokratie bekennt, gilt beinahe als toxisch. Manchmal werden wir behandelt, als ob wir eine ansteckende Krankheit hätten. Nur nicht in Berührung mit den Roten kommen!

Und wie reagieren wir drauf? Oft beschwichtigend. Wir sind gar nicht so schlimm. Ihr braucht keine Angst zu haben. Wir wollen nicht die Revolution, sondern nur ein wenig mehr Gerechtigkeit.

Und auf die Beschwichtigung folgt die Relativierung: Ach, wir meinen es gar nicht so, wie es im Parteiprogramm steht. Ja, ja, es gibt schon ein paar extreme Jusos, aber ich selber zähle mich zu den pragmatischen Menschen. Nein, das mit dem Kapitalismus überwinden, finde ich wirklich den grössten Mist. Wissen die eigentlich wie es ist, wenn man nicht in den Städten hockt?

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Und wenn wir es ganz anders machen würden? Wenn wir daran glauben würden, dass nicht nur unsere Themen früher oder später zum Mainstream gehören, sondern auch unsere Überzeugungen? Wenn wir davon ausgehen würden, dass wir tatsächlich ansteckend sind?

Was wäre, wenn wir lernten zu argumentieren statt zu relativieren? Weshalb mehr soziale Sicherheit zu einer besseren wirtschaftlichen Leistung führt. Weshalb es nicht in



erster Linie darum geht, wie viel Geld der Staat ausgibt, sondern wozu. Weshalb geschickte Regulierung ein zentraler Motor für Innovation ist.

Was wäre, wenn wir erklären könnten, was hinter den grossen Kampagnen gegen Menschen anderer Nationalitäten steckt? Was wäre, wenn wir unsere eigene Geschichte so gut kennen würden, dass wir die Mythen entzaubern könnten? Was wäre, wenn wir mehr Ahnung von der europäischen Politik hätten und so den Anti-Europäern die Stirne bieten könnten?

Liebe Genossinnen und Genossen

Wenn wir in unserer Geschichte lesen, stossen wir immer wieder auf den Konflikt zwischen Anpassung und Widerstand. Wie ein roter Faden zieht sich die Frage durch alle Epochen, wie sehr man sich gegen das System auflehnen und es in seinen Grundzügen verändern soll. Oder wie sehr man sich mit den punktuellen Veränderungen und kleinen Akzenten zufriedengeben soll.

Diese Diskussion hat sich seit den 90er-Jahren noch zugespitzt. Der schrittweise Rückzug des Freisinns aus seiner Rolle als staatsgründende und damit auch staatstragende Partei hat die SP vor grundsätzlich neue Herausforderungen gestellt. Die heutige FDP verschmäht den Staat, jenen Staat also, den sie einst gegründet hat und den sie noch heute dominiert. Keine Partei stellt so viele Kaderverwaltungsleute und Regierungsmitglieder wie die FDP. Und trotzdem tut sie so, als ob der Staat, die Verwaltung etwas wäre, mit dem sich nichts zu tun hat.

Edel im Sinne der FDP, ja geradezu idealtypisch männlich ist, wer in der freien Wildbahn der Privatwirtschaft seinen Mann (!) steht. Dort wo der kalte Wind des Wettbewerbs bläst. Dort wo es richtig hart auf hart zu geht. Wo man noch entlassen werden kann und sich den anderen überlegen fühlt, wenn es nicht geschieht. Dort wo Nutzbringendes produziert wird. Dort wo es sinnvoll und richtig ist, mehr Stellen zu schaffen. Nicht so wie beim Staat. Der Staat, der gefrässig in Gefilden wildert, die eigentlich dem privaten Markt überlassen werden sollten. Der Staat, der nur da ist, um uns das Leben schwer zu machen. Der Staat, der quasi weiblich funktioniert und mit Teilzeitarbeit, starken Personalrechten und einer respektvollen Kultur eben gerade alles Wilde und Abenteuerliche ausgeschaltet hat.

Wenn es nicht ernst wäre, könnten wir über solche beinahe archaischen Reflexe lachen. Doch es ist ernst. Vor wenigen Jahren haben die Bürgerlichen den Revisionsdienst des Gemeindeamtes abgeschafft. Nicht mehr der Staat soll die Gemeinderechnung revidieren, sondern private Treuhandbüros. Das sei effizienter, weil es der Wettbewerb besser regle. Resultat: Die Gemeinden zahlen heute mehr für die Revisionen und erhalten weniger.

Das mag ein nichtiges Beispiel sein. Aber es zeigt den Mechanismus. Nicht überall wo Effizienz draufsteht ist auch Effizienz drin. Oft geht es um die simple Frage, in welche Kasse der Rubel rollt.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Vor drei Jahren bin ich mit dem Programm zu den Wahlen angetreten: Zürich kann mehr. Ich bin überzeugt, dass es Aufgabe des reichsten und mächtigsten Kantons ist, sich für den Fortschritt des ganzen Landes einzusetzen.

Heute, nach zwei Jahren im Amt sage ich: Ja, der Kanton Zürich kann tatsächlich mehr. Der Kanton Zürich zeigt, dass es sich lohnt, am Fortschritt weiterzuarbeiten. Der Kanton Zürich zeigt, dass besser lebt, wer offen ist. Der Kanton Zürich zeigt, wie der technische Fortschritt nicht Teil des Problems ist, sondern Teil der Lösung sein kann. Der Kanton Zürich zeigt, wie die enge Verzahnung zwischen staatlichem und privatem Engagement entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg ist.

Lasst uns am Fortschritt weiterarbeiten. Zürich hat eine lange Tradition als Pionierkanton. Hier erstritten sich Demokraten in Stadt und Land ein modernes Gemeinwesen. Eben erst haben wir 100 Jahre Proporzwahlrecht gefeiert. Dank dieser Errungenschaft konnten die Sozialdemokraten unsere Anliegen ins Parlament tragen und dort, wo entschieden wird, mitwirken.

Die Liberalen wehrten sich damals noch gegen den Proporz. Die Vorgänger der Freisinnigen wollten die Macht nicht teilen. Sie wollten den Staat, den sie gegründet haben, für sich. Damals wussten sie, was sie an ihm hatten. Und heute? Sind sie sich, sind wir uns bewusst, was wir alles aufgebaut haben? Wissen wir, was es alles an staatlichen Leistungen braucht, damit unser Alltag funktioniert?

In meiner Direktion stehe ich mitten in Leben. Mutmassliche Verbrecher werden verfolgt und in einem korrekten Verfahren angeklagt. Verurteilte Verbrecher verbüssen ihre Strafe in einem modernen Strafvollzug, einem Strafvollzug, der seine Hauptaufgabe nicht darin sieht, Rache zu üben, sondern die Verurteilten auf ein deliktfreies Leben in Freiheit vorzubereiten. Jugendliche, die aus der Spur fallen, erhalten Unterstützung.

In meiner Direktion sehe ich aber auch die Fortschritte unserer Integrationspolitik: die Netzwerke, die mit den Migrantenvereinen geknüpft werden, die gute Zusammenarbeit mit sehr vielen Gemeinden. Ich sehe in der Gleichstellungspolitik, dass es uns Schritt für Schritt gelingt, Stereotype zu überwinden. Ich sehe in der Opferhilfe, wie wichtig es ist, dass der Kanton die Opferberatungsstellen verlässlich unterstützt. Ich sehe in der Kulturpolitik das grosse Engagement vieler Freiwilliger und die zahlreichen Talente, die in unserem Kanton den Durchbruch anstreben. Ich sehe im Handelsregisteramt, wie viel es braucht, damit unser Wirtschaftssystem auf sicheren Beinen steht. Das Statistische Amt wiederum erarbeitet unerlässliche Grundlagen für die politische Steuerung und führt Abstimmungen und Wahlen so seriös durch, dass wir den demokratischen Ergebnissen jederzeit vertrauen können. Im Gedächtnis des Kantons, im Staatsarchiv, lernen wir das bereits erwähnte, dass nur wer die Vergangenheit kennt, die Zukunft gestalten kann. Und im Gemeindeamt helfen wir den Gemeinden, dass sie ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerin und des Bürgers rechtlich einwandfrei erfüllen können. Wir organisieren den Finanzausgleich, führen das Zivilstandswesen, nehmen die Aufsicht über die KESB wahr und sind für die Einbürgerungen zuständig. Die Statthalterämter und Bezirksräte sind als Teil der dezentralen Verwaltung unter der Aufsicht meiner Direktion. Und mit den Religionsgemeinschaften sind wir daran, den Dialog zwischen den Religionen und Konfessionen zu verstärken.



Das ist nur die kleine Zusammenstellung der Bereiche, die in die Verantwortung meiner Direktion fallen. Sie zeigt klar: Es braucht beeindruckend viel! Und es macht klar: Es braucht eine staatliche Organisation mit einer kompetenten und engagierten Verwaltung. Es braucht Menschen, die jeden Tag dafür sorgen, dass wir auf unsere unseren vielfältigen Anliegen eine Antwort finden. Unser Staatswesen ist das Resultat jahrzehntelanger Aufbauarbeit, getrieben von Menschen, die am Fortschritt weiterarbeiten wollten. Unser Staatswesen ist ein Schatz von Errungenschaften und Leistungen.

Diesen Errungenschaften und Leistungen wollen wir Sorge tragen. Gleichzeitig wollen wir das Potenzial des Kantons Zürich weiterentwickeln. Wir haben das Privileg, auf einem der wohlhabendsten und reichsten – in allen Facetten – Flecken unsere Erde zu leben. Ja wir leben nahe am Paradies. Wo also, wenn nicht hier, können wir es uns leisten, vorwärts zu denken? Wir haben die besten Karten für die Zukunft. Spielen wir sie aus, zum Wohle aller.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Der Rückzug des Freisinns als staatstragende Partei hat ein Vakuum geschaffen. Und dieses füllt die SP seit den 90er-Jahren Schritt für Schritt aus – meist ohne es selber zu realisieren. Wir sind die klarste Stimme, wenn es um die Verteidigung des Rechtsstaates geht. Wir sind es, die sich überzeugt vor die Volksschule stellen und sich für den hindernisfreien Zugang aller Schichten zu allen Bildungsangeboten einsetzt. Wir sind die, die für eine starke Verwaltung und ihre Mitarbeitenden einstehen. Wir sind die, die das öffentliche Gesundheitswesen verteidigen. Wir sind die, die den öffentlichen Verkehr und die anderen öffentlichen Dienstleistungen vor der Privatisierung schützen. Ja, und wir sind es, die für eine Versöhnung von staatlichem und privatem Engagement kämpfen.

Lange war ich der Meinung, dass uns diese Doppelrolle überfordert. Hier die SP, die als Minderheit die Veränderung und Weiterentwicklung des Systems kämpfen muss. Und dort die SP, die ebenfalls als Minderheit genau dieses System mit seinen Errungenschaften verteidigen muss.

Heute bin ich überzeugt, dass genau diese Rolle eine Chance ist und uns viel Raum lässt. Als linke Volkspartei kommen in der SP unterschiedliche Persönlichkeiten und Temperamente zusammen, Solche, die mehr revolutionäres Blut in sich haben und andere, die mehr den Errungenschaften Sorge tragen wollen. Und beide braucht es in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit.

Wenn ich mich vorhin gegen die Relativierung geäußert habe, meinte ich damit nicht, dass es nicht Sinn machen kann, Kompromisse einzugehen, kleine Brötchen zu backen und das Bestehende zu sichern. Ganz im Gegenteil: Wir brauchen Leute, die dazu bereit und fähig sind. Oft sind diese Leute in der Partei- und Sektionsleitung oder in der Exekutive. Wir brauchen daneben aber auch die jungen und alten Wilden, den Stachel im Fleisch, die Unbequemen, Aufmüpfigen, Querdenkerinnen und Revoluzzer.

Nur etwas brauchen wir nicht: die Anbiederung und die Relativierung. Seien wir stattdessen stolz darauf, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu sein. Seien wir stolz auf das, was unsere Vorfahrinnen und Vorfahren erreicht haben. Ehren wir ihren



Mut und ihre Gradlinigkeit, indem wir selber mutig und gradlinig sind. Vergessen wir nie, dass sozialdemokratisch sein, auch schon mit dem Leben oder zumindest mit der beruflichen Existenz bezahlt werden musste.

Ehren wir unsere Geschichte, indem wir lernen zu argumentieren, zu erklären. Ehren wir unsere Geschichte, indem wir uns kundig über das machen, worüber wir zu entscheiden haben. Politik machen heisst, sich weiterbilden. Politik machen heisst, der Sache auf den Grund zu gehen. Zu erkennen, zu verstehen, zu begreifen. Politik machen heisst, hinzustehen und Orientierung zu bieten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Ihr habt eure Geschichte aufgeschrieben. Darin zeigt ihr: Erfolge hatten viele. Aber Wirkung hatten nur jene, die sich nicht angebiedert haben, die nicht relativiert haben.

Seid deshalb entschlossen, weiterhin hinzustehen und Orientierung zu bieten. Seid entschlossen, für unsere Werte einzustehen: für die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität. Seid willens, euch in der Gemeinde einzubringen und für den Fortschritt zu kämpfen. Tut das selbstbewusst. Ansteckend.

Auf eine gute Zukunft – und herzliche Gratulation zum 100-jährigen Bestehen.